Alles gleichzeitig

Wie das Unterrichten unter den Bedingungen von Corona zu einer Entgrenzung der Arbeit führt

Die GEW Hamburg hat vor kurzem eine Umfrage unter den an Schulen Beschäftigten gestartet, um herauszufinden, was die drängendsten Probleme aktuell sind, aber auch dazu, was wir als GEW bereits gut machen und noch machen sollten. Die Umfrage war vier Tage online. Hier die Ergebnisse.

Positiver Rücklauf

Von den gut 6000 an Schulen beschäftigten GEW-Mitgliedern, was ca. ein Drittel aller dort Beschäftigten ist, haben exakt 1200 an der Umfrage teilgenommen, was einem Rücklauf von 20 Prozent entspricht. Das ist eine sehr gute Quote, die zeigt, dass das Instrument der Online-Mitgliederbefragung angenommen und genutzt wird. Wir danken allen für die Teilnahme!

Die anteilig größte Rückmeldegruppe waren mit einem guten Drittel die Beschäftigten an den Stadtteilschulen (insg. 463), gefolgt von unseren Kolleg_innen an den Grundschulen (353), Gymnasien (168), Beruflichen Schulen (121), speziellen Sonderschulen (60) und aus den ReBBZ (36). 26 Teilnehmende kamen aus anderen Bereichen wie Abendschulen, dem Studienkolleg, aber auch dem LI und der Behörde.

Welche Probleme sind im Moment am drängendsten?

Ohne konkrete Vorschläge zu machen, wurde offen danach gefragt, wo bei den Beschäftigten aktuell der Schuh besonders drückt. 952 Teilnehmende haben darauf geantwortet. Bei den Antworten zeigt sich, dass schulische Bildung unter Corona-Bedingungen eine Fülle von Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen hervorruft: Neben einem Querschnittthema – der Neu-Organisation pädagogischer Arbeit (Präsenz- und Online-Unterricht) – sind es drei Themenkomplexe, die die Kolleg_innen intensiv beschäftigten: Erstens: Hygiene/Gesundheitsschutz, zweitens: Digitalisierung. Bei beiden Themen geht es einerseits um die Ausstattung, andererseits um eine subjektive Unsicherheit. Das dritte Thema umfasst die pädagogische Perspektive, hier insbesondere auf benachteiligte Schüler_innen bezogen. Der Effekt dieser Neu-Organisation pädagogischer Arbeit bedeutet faktisch eine auch empirisch nachweisbare Entgrenzung der Arbeit. Ein weiteres Thema ist die fehlende Wertschätzung und Möglichkeit der Mitbestimmung der Lehrkräfte bei den aktuell vorgenommenen Maßnahmen.

Gesundheitsschutz und pädagogisch sinnvolles Arbeiten mit Abstandsregeln

An vorderster Stelle stand die „Einhaltung und Durchsetzung der Schutzmaßnahmen an unserer Schule zum Schutz der Lehrer und Schüler“[1], also eine Frage, die die schrittweise Öffnung der Schulen betrifft. Als problematisch benannt wird einerseits die Ausstattung der Schulen mit den laut Hygieneplan notwendigen Ressourcen (Masken, Schutzkleidung), andererseits die „mangelhafte, weil teilweise unmögliche Umsetzung der Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln vor Ort“. „Hygiene und Abstand“, so lauten viele Rückmeldungen, sind bei jüngeren Schüler_innen, aber auch bei Schüler_innen mit Förderstatus „nicht umsetzbar“. Thematisiert wird in diesem Kontext der Widerspruch zwischen „Gesundheitsschutz […] und pädagogisch sinnvollem Arbeiten “ unter der Bedingung des Abstandhalten müssen sowie das Problem, dass die „Abstände […] von den Jugendlichen, sobald man wegschaut, nicht eingehalten“ werden, also die „kaum gegebene Vereinbarkeit des zunehmenden Präsenzunterrichts mit den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes“. Hinzu kommt die individuelle Verunsicherung zum „Umgang mit Hygienevorschriften: was ist noch sinnvoll?“, bis hin zur Frage nach der eigenen Gesundheit – „Bin ich Risikogruppe?!?“ –, die zu einer Belastung der Lehrkräfte führt.

Digitalisierung – ohne pädagogisches Konzept

Schulische Bildung unter Corona-Bedingungen heißt insbesondere, den Unterricht in Teilen auf Online-Formate umzustellen. Ein Problem hierbei ist die „fehlende digitale Ausstattung von Lehrpersonen und Schüler_innen“ verbunden mit der Wahrnehmung, dass es „tolle digitale Möglichkeiten [gibt], aber die Schulen sind noch nicht so weit...Alles kostet sehr viel Zeit“. Verunsichert sind die Lehrkräfte, weil sie sich in Teilen nicht ausreichend aus- bzw.

[1] Alle Zitate in diesem Artikel sind Umfrage-Antworten.

fortgebildet sehen. Sie fordern „Fortbildung zum digitalen Unterricht“, denn aktuell sieht es häufig so aus: „Zu wenig digitale Kenntnisse, kein entsprechender Arbeitsplatz, Mehrarbeit“. Hier ist die Behörde in der Pflicht! Kritisiert wird auch die Hauruck-„Digitalisierung ohne pädagogisches Konzept“. Auf Präsenz basierende Pädagogik kann nicht einfach auf digital umgestellt werden, sondern benötigt eigene und (noch) nicht vorhandene pädagogische Konzepte. Dieses Problembewusstsein ist bei den Lehrkräften vorhanden, hier fühlen sie sich allein gelassen insbesondere vom Dienstherrn.

Pädagogische Perspektive: Bildungsungerechtigkeit und Digitalisierung

Neben Hygiene und Digitalisierung spielt die pädagogische Dimension eine herausragende Rolle bei den von den Lehrkräften genannten Problemen. Der mehrfach genannte Anspruch lautet: „Allen Schüler_innen eine bestmögliche Arbeitsatmosphäre zu Hause zu ermöglichen, ihren Alltag zu strukturieren und zu organisieren“ und darüber hinaus insbesondere die „Kinder [zu] unterstützen, die schwer zu erreichen sind und von zu Hause wenig Unterstützung bekommen“ sowie solche, „die keine digitale Ausstattung zu Hause haben“. „Homeschooling mit Kindern aus sozial schwachen Familien und Flüchtlingskindern“ wird dabei als besondere Herausforderung gesehen. Problematisiert werden in diesem Kontext die „Bildungsungerechtigkeit im Zusammenhang mit Digitalisierung“ und die wie unter einem Brennglas zu Tage tretende „extreme Heterogenität der Schülerschaft“ verbunden mit der Frage: „Wie schaffe ich es, allen gerecht zu werden?“ bis hin zur Frage: „Wie kann ich die Kinder bestmöglich beim Lernen zu Hause fördern, ohne meine komplette Freizeit dafür opfern zu müssen?“ – was auf eine Entgrenzung pädagogischer Arbeit unter Corona-Bedingungen verweist. In diesem Kontext wird die Benotung (=„Schwachsinn“) thematisiert und mehrfach gefragt: „Warum geht es überall nur um Abschlüsse?“. Diesen Abschlusswahn haben wir als GEW auch mehrfach kritisiert und gefordert, soziale Aspekte stärker zu berücksichtigen, denn: „Fernunterricht [in der aktuellen Form] ist [auf Dauer] ungeeignet, besonders für schwache Schülerinnen und Schüler“.

Neu-Organisation pädagogischer Arbeit

Die Fülle der aktuellen Herausforderungen lässt sich auf einen Begriff bringen: Es geht um nicht weniger als eine Neu-Organisation pädagogischer Arbeit, konkret die „Koordination von Präsenz- und Fernunterricht, [in Verbindung mit der] Unterstützung besonders benachteiligter Schüler_innen“. Neben der „doppelten Belastung durch Online- und Präsenzunterricht“ stehen die „neuen Anforderungen durch Fernunterricht (Korrekturen, Lernvideos, Videokonferenzen)“. Zugleich spiegelt sich in den Meinungen der Kolleg_innen die „Unwichtigkeit pädagogischer Fragen im Corona-Management der BSB“ wider. Alles „gleichzeitig: Homeschooling, Präsenzunterricht und Korrekturen (MSA & Abi). Und dann noch etwas Furcht vor Corona“. Diese Mischung führt zu einer mehrfachen Belastungssituation mit einem konkreten Effekt: der empirisch belegbaren Entgrenzung der Arbeit.

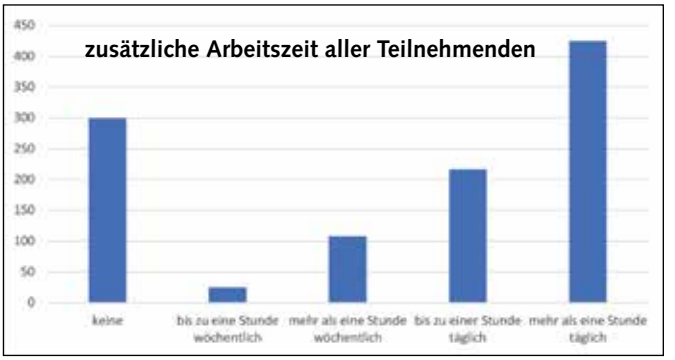
Effekt: Entgrenzung der Arbeit!

Eine Vielzahl der Rückmeldungen thematisiert die aktuelle „Mehrfachbelastung: Fernunterricht, Präsenzunterricht, Notbetreuung; Bildungsschere“ und das Problem, „die vielen Verpflichtungen (MSA; Abitur, Präsenzunterricht im doppelten bis dreifachen Umfang und Fernunterricht) zu koordinieren“. „Seit Corona [wird eine] höhere Arbeitsbelastung (psychisch, mehr Arbeitszeit, unbekannte Schüler_innen betreuen, Kontakt mit Eltern managen)“ empfunden. Verschärft wird dieses Problem der „Vereinbarkeit von Betreuung, Präsenzbeschulung und Fernbeschulung unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes“ dadurch, dass auch die eigenen Kinder zu betreuen sind, also die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wenn Beruf viel mehr fordert als normal und die Kinder zu Hause sind“. Lehrkräfte stehen aktuell vor der Herausforderung, „arbeiten und die eigenen Kinder unter einen Hut zu bekommen“; zugleich tritt der „Konflikt zwischen einem enormen Arbeitspensum und dem Gefühl, nichts richtig zu schaffen“, deutlich zu Tage. Die rückgemeldete „geringe Planungssicherheit, die geforderte Bereitschaft, verfügbar und flexibel zu sein, das hohe Arbeitspensum“ führt somit zu „Mehrarbeit und Stress“.

Fehlende Wertschätzung und Mitbestimmung

Gerade in den aktuellen Zeiten kollektiver Verunsicherung sowie beruflicher (und familiärer) Neu-Organisation ist ein Einbezug der hiervon Betroffenen in die Maßnahmen der Schulbehörde ein wichtiger Baustein, um etwas Handlungsmacht wiederzuerlangen. Dies betrifft sowohl eine grundsätzliche Wertschätzung von Seiten des Arbeitsgebers als auch und insbesondere eine intensive Zusammenarbeit mit den Gremien vor dem Hintergrund der Mitbestimmung, also den schulischen Personalräten. Von beidem spüren die Betroffenen leider wenig, stattdessen setzt sich das Gefühl durch, dass kaum „Kommunikation der Behörde mit Lehrkräften bzw. Schulen [stattfindet]

– Medien sind wichtiger, [hinzu kommt] fehlende Wertschätzung und Drohen mit Paragraphen“. Kritisch angemerkt wird zudem, dass die faktische „zusätzliche Arbeitsbelastung durch ‚Doppelunterricht‘ in halber Lerngruppe“ von der Behörde nicht einmal wahrgenommen wird. Wahrgenommen wird stattdessen eine fehlende „Mitbestimmung bei Coronamaßnahmen und Wiedereröffnungsmodellen. – Man fühlt sich wie eine Marionette“, es gibt „wenig positives Feedback von der Führungsebene“. Kurz: gewünscht wird ein „respektvolle[rer] Umgang mit mir als Arbeitskraft“ sowie, „dass Schule demokratisch läuft und Beschäftigte wertschätzend Gehör finden.“ Als GEW werden wir aufgefordert, „der Behörde klar[zu]machen, dass sie einen Dienstleistungsauftrag hat und ihre feudalherrlichen Attitüden mal ablegen soll.“



Belastung und Arbeitszeit

Da wir annehmen, dass die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in Zeiten von Corona eher zunimmt, haben wir danach gefragt, ob und wenn ja wie viel zusätzliche Arbeitszeit aktuell benötigt wird.

● Drei Viertel benötigen mehr Arbeitszeit

Die Antworten auf die Frage, ob und wie viel zusätzliche Arbeitszeit aktuell benötigt wird, sind recht deutlich: Etwas mehr als ein Drittel beziffert den Mehraufwand aktuell mit „mehr als einer Stunde täglich“ (425), ein Sechstel mit „bis zu einer Stunde täglich“, ein Zehntel mit „mehr als eine Stunde wöchentlich“ (108), 25 Teilnehmende auf „bis zu eine Stunde wöchentlich“. Genau ein Viertel gibt an, keine zusätzliche Arbeitszeit zu benötigen (300). Drei Viertel der Lehrkräfte, so das Ergebnis, benötigen somit aktuell mehr Arbeitszeit, als vertraglich vorgesehen ist (s. Tabelle).

Von der gesamten Rückmeldegruppe arbeitet gut die Hälfte in Vollzeit (582), ein Viertel zu 75 Prozent (305), ein knappes Zehntel zu 50 Prozent (94) und einige arbeiten weniger als eine halbe Stelle (19). 171 Befragte haben andere wöchentliche Arbeitszeiten, die sich überwiegend zwischen 60-95 Prozent einer vollen Stelle bewegen. Eine Auswertung der zusätzlichen Arbeitsbelastung in Bezug auf die vertragliche wöchentliche Arbeitszeit wie auch eine Auswertung der zusätzlichen Arbeitsbelastung nach Schulformen zeigt keine signifikanten Unterschiede.

● Neue Verteilung der Arbeitszeit

77 Teilnehmende haben sonstige Angaben gemacht, die deutlich machen, dass es nicht nur zusätzliche Arbeitszeit ist, die Probleme verursacht, sondern auch die neue Verteilung der Arbeitszeit subjektiv als höchst problematisch empfunden wird: Die Arbeitszeit werde „nicht mehr, [ist] aber so verteilt, dass man gefühlt ganztägig beschäftigt ist“. Benötigt werde „nicht unbedingt mehr Zeit, aber absolute Flexibilität inkl. Wochenende, freie Tage etc.“. Somit haben auch die Kolleg_innen, die nicht mehr Zeit aufwenden, mit Zeitproblemen zu kämpfen, und es wird festgestellt, dass „die aktuelle Verteilung der Arbeitszeiten – nahezu rund um die Uhr – das Problem aktuell ist. Das belastet und Erholung fehlt“. Einige Antworten reflektieren kritisch, dass eine korrekte Einschätzung der aktuellen zeitlichen Belastung schwierig ist: „Die Arbeitszeit hat sich verändert, man kann das nicht vergleichen, da man sich und den Unterricht ständig neu erfinden muss“, es ist „schwer zu sagen, weil es nie aufhört und immer zwischendurch ist“.

Dringlichste Aufgaben der GEW in Hamburg im Moment

Auf die Frage, wo wir uns als GEW noch stärker engagieren sollten, haben wir vier Antworten vorgegeben und die Möglichkeit gelassen, sonstiges anzugeben. Mehrfachnennungen waren möglich. Drei Themen wurden ähnlich häufig angegeben: „Gesundheitsschutz der Beschäftigten“ (743), „Unterstützung besonders benachteiligter Schüler_innen“ (676) und „Koordination von Präsenz- und Fernunterricht“ (669). Auch das Thema „Mitbestimmung der Personalvertretungen/Gremien“ wurde oft benannt (306). 125 Teilnehmende haben sonstige Angaben gemacht, die recht vielfältig sind. Häufig genannt wurde die fehlende Ausstattung in Bezug auf die Digitalisierung, die fehlende Wertschätzung durch den Dienstherr, aber auch die fehlende Entlastung.

Was macht die GEW schon gut?

Ohne konkrete Vorschläge zu machen, haben wir offen danach

gefragt, was wir als GEW aktuell bereits gut machen. 611 Teilnehmende haben darauf geantwortet. Die Antworten sind hoch erfreulich:

- „Regelmäßige Information und gute Rechtsberatung“ – Fast alle loben unsere schnelle und kompetente Informations- und Öffentlichkeitspolitik insbesondere über den Newsletter („Zeitnahe Reaktionen auf Äußerungen aus der BSB und dem Rathaus. Newsletter!“) und die FAQ („Informationen verteilen. Fragen beantworten“), ebenso wird unsere Rechtsberatung geschätzt („Für mich als schulischer Personalrat ist die fachliche bzw. rechtliche Information durch die GEW wichtig - Danke!“). Gelobt werden unsere „regelmäßigen Informationen, vor allem oft, bevor ich von meiner Schulleitung informiert werde“ und dass wir uns „klar und öffentlichkeitswirksam positionieren“.
- „Die Themen, um die es geht, werden angesprochen“ – Erfreulicherweise treffen wir mit unseren Positionierungen die Erwartungen unserer Mitglieder: Gelobt werden unser „hartnäckiges Bestehen auf Hygienestandards“, aber auch der „Standpunkt: Pädagogik vor Verwalten!“. „Gute Pressearbeit! Weiter so. Wir brauchen harte Ansagen von Gewerkschaftsseite“ – diesem Wunsch kommen wir gerne nach!
- „Benennt die Probleme, mischt sich ein, vertritt unsere Interessen“ – Gelobt werden wir für unsere engagierte Interessenvertretung („Sie spricht Sachen an, die für die Schulen und Behörde unangenehm sind, was wir uns nicht leisten können. Und vieles mehr.“) sowie für unsere „Loyalität gegenüber den Beschäftigen“: „Die GEW hat alle dringenden Aspekte in der Coronazeit im Blick und unterstützt durch Engagement und Information die Kolleg_innen“, „sie nimmt individuelle Anfragen und Probleme auf und versucht auf einer übergeordneten Ebene entsprechend zu agieren und intervenieren“.
- „Bleibt im Kontakt und offen für jedes Problem“ – Gelobt werden unsere „ansprechbaren und kompetenten Mitarbeiter_innen“, was auch den Effekt hat, „dass man sich nicht so alleine fühlt“.
- „Kritische Kommentierung des Krisenmanagements in der Schulbehörde“ – Nicht zuletzt wird unsere konstruktiv-kritische Position zur BSB gelobt: „Die GEW ist am Gesundheitsschutz der Mitarbeiter_innen interessiert und lässt bei der BSB nicht locker...“.

Die GEW hört zu – den an Schulen Beschäftigten, aber auch weiteren Beschäftigtengruppen

Die Ergebnisse solcher Umfragen helfen uns, die Interessen von euch noch zielgenauer zu vertreten, daher werden wir in Zukunft häufiger diesen Weg gehen. Neben einer Umfrage bei den in der Weiterbildung Beschäftigten, die bereits abgeschlossen ist, planen wir daher Ähnliches bei den Beschäftigten an den Hochschulen sowie ggf. bei weiteren Beschäftigtengruppen.

FREDRIK DEHNERDT,
stellvertretender Vorsitzender
GEW Hamburg

Landesvorstandssitzung am 9. Juni

Foto: hlz

Mitglieder des Landesvorstands auf einer die äußeren Bedingungen betreffend historisch (hoffentlich) einmaligen Sitzung unseres Verbandes stimmten im gebührenden Corona-Abstand zusammen mit Mitgliedern, die online zugeschaltet waren, u.a. für die Unterstützung der **Volksinitiative „Schuldenbremse streichen“.** Die Initiatoren hatten im Sommer letzten Jahres die erste Hürde des Verfahrens durch die Vorlage von 13 000 Unterschriften genommen. Der Angang des zweiten Schritts, das so genannte Volksbegehren, über das jetzt im Sommer abgestimmt werden sollte (65 000 Unterschriften sind nötig), wird sich verzögern, weil der Senat die Verfassungsmäßigkeit des Vorhabens vom Hamburger Verfassungsgericht überprüfen lassen will. Die hlz wird in der ersten Ausgabe nach den Sommerferien ausführlich darüber berichten. (Näheres aber bereits jetzt unter: www.schuldenbremse-streichen.de)